

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

10 Pfennig

Donnerstag

19. Mai 1927

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Beleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sturm szenen im Landtag.

Deutschnationale Briefdiebe. - Böbelhafte Angriffe gegen die Staatsregierung.
Lärm szenen bei Grzesinski's Antwort.

In der heutigen Sitzung des Landtages gab vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Thiele (Soz.) eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab:

Am 29. März hat der deutschnationale Abgeordnete Bork einen Privatbrief des Landrats von Waldenburg über die Wiederbesetzung einer Beamtenstelle verlesen. Herr Bork bezeichnete es als glücklichen Umstand, daß ihm der Brief an demselben Morgen auf den Tisch gekloppt sei. - Mit diesem Brief hat es folgende Bewandnis: Er ist an meinen Fraktionskollegen Wende-Berlin gerichtet, aber irrtümlich dem Abgeordneten Wende-Winzig von der deutschnationalen Fraktion ausgeliefert worden. Aus der Anrede 'Sehr verehrter Genosse Wende' mußte dieser schließen, daß der Brief an den Sozialdemokraten Wende gerichtet war. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Deutschnationalen haben aber, bevor sie den Brief wieder in den Originalumschlag steckten und dem Abgeordneten Wende-Berlin zuleiteten, von ihm eine Abschrift genommen, um diese politisch zu verwerten. Bei der Verlesung hat Herr Bork natürlich die Anrede fortgelassen. Der Zweck des Briefes war die Befetzung der Stelle des Kreiswohlfahrtsdirektors durch das Fürsorgeramt. Der Wunsch, in diesen sozialdemokratischen Kreis einen sozialdemokratischen Beamten zu bekommen, war durchaus gerechtfertigt. Die Deutschnationalen wollten sich hüten, hier Dinge zu enthüllen, wenn sie, wie ich nachgewiesen habe, auf illoyale Weise in den Besitz der Unterlagen gekommen sind. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Das Haus geht darauf die dritte Lesung des Gesamthaushalts beim

Etat des Innenministeriums

fort. - Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat.): Wir machen dem Minister des Innern den Vorwurf, daß er sich bei der Bewertung der Tätigkeit der Landräte nur von seinen parteipolitischen Anschauungen leiten läßt und auf die Interessen der Kreise zu wenig Rücksicht nimmt. Gegenüber den Roten Frontkämpfern hat die Polizei völlig versagt. Die Disziplin des hier so viel angegriffenen Stabhelms ist dagegen musterhaft gewesen. Die Polizeibeamtenverbände untergraben systematisch die Disziplin der Polizei. Der Rundfunk wird durch Vorträge, wie sie zum Beispiel von Crispian gehalten werden, politisch mißbraucht. Das Einschreiten der Polizei gegen den General v. Brisberg am Bismarck-Denkmal war durchaus ungerechtfertigt. Herr Heilmann hat kürzlich angesichts des sozialdemokratischen Wahlerfolgs in Brandenburg das gute alte Wort 'hi guet Brandenburg alle Wege' umgedeutet. Das lassen wir uns nicht gefallen. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir stehen zu dem Wort, aber wir gebrauchen es im Potsdamer Geist. (Neue Heiterkeit links.)

Innenminister Grzesinski:

Herr v. Winterfeld hat hier eine Menge Dinge vorgetragen, die längst erledigt oder richtiggestellt worden sind. Die Unterstellung, daß ich politische Beamte nach ihrem Mit-

gliedsbuch anstelle, weise ich entschieden zurück. Selbstverständlich spielen bei ihrer Ernennung politische Gesichtspunkte eine Rolle, aber Eignung und Tüchtigkeit müssen den Ausschlag geben. Im übrigen findet meine Personalpolitik die Zustimmung des Staatsministeriums und der Landtagsmehrheit. Ihre Kritik, noch rechts, kümmert mich also wenig. (Sehr gut bei den Soz.) Die von Herrn v. Winterfeld so reichlich vorgetragenen Einzelfälle waren alle Kamellen. (Sehr richtig links und in der Mitte.) Die Herren Deutschnationalen können doch nicht behaupten, daß im alten Staate alles in Ordnung war, und im großen Heere der Staatsbeamten nicht hier und da ein schwarzes Schaf gewesen ist.

Die Ausführungen des Abg. v. Winterfeld über die Schutzpolizeibeamtenverbände, die angeblich die Disziplin untergraben, stehen allerdings im stärksten Widerspruch zu den Bemühungen der Herren von rechts um das Koalitionsrecht der Beamten bei der Beratung des Schutzpolizeibeamtengehaltes. (Sehr wahr bei den Soz.) Die wiederholte Ermahnung des Falles Brisberg verstärkt allerdings in mir den ursprünglichen Eindruck, daß Ihnen (nach rechts) dieses traurige Ereignis nicht unerwünscht gekommen ist. (Sehr wahr bei den Soz. Großer Lärm bei den Deutschnationalen, die den Minister minutenlang hindern, weiter zu sprechen.) Ich wiederhole, daß ich am 1. April bei der Rede des Herrn Abg. Schlange-Schönungen den Eindruck hatte, als sei ihnen das Vorkommnis am Bismarck-Denkmal aus agitatorischen Gründen nicht unerwünscht gewesen. (Großer Lärm rechts, andauernde Pöhl- und Schlußrufe. Glocke des Präsidiums!) Ich habe zu dieser Angelegenheit bereits damals wiederholt Erklärungen abgegeben, und dabei muß es bleiben. Der Beamte hat nach den angestellten Untersuchungen einwandfrei gehandelt.

Eine von mir getroffene Verfügung weist die Beamten an, an keinen Veranstaltungen teilzunehmen, die irgendwie staatsfeindliche Tendenzen zeigen oder bei denen nicht die Reichsfahne schwarzrotgold geflattert ist. Das war insbesondere bei der Potsdamer Gefallenenehrung der Fall, wo der Potsdamer Oberbürgermeister es ausdrücklich ablehnte, die Reichsfahne zu hissen. Es ist im Interesse der Selbstachtung des Staates unmöglich, den Beamten Teilnahme an solchen Veranstaltungen zu gestatten. (Stürmischer Beifall, links.) Die Verhandlung dauert fort.

Gayls vergebliche Abwehr.

Um die Zuwendungen für Ostpreußen. - Demagogische Ausflüchte.

Zu denjenigen verantwortlichen Politikern, die durch ihre Stellungnahme für die Finanzpolitik der Reichsregierung die Vernachlässigung der deutschen Ostmark begünstigt haben, gehört bekanntlich der Bevollmächtigte der Provinz Ostpreußen im Reichsrat, Freiherr v. Gajl. Es ist kein Wunder, daß dieser Mann, der noch vor kurzem den Putzschiffen als einer der Retter Deutschlands erschien, jetzt besonders von der Empörung betroffen wird, die sich gegen die von ihm mitverschuldete Benachteiligung seines Landes wendet. Hat er doch dem Reichsetat zugestimmt, der die Verkürzung der Mittel für die preussischen Grenzmarken brachte, unbeirrt von der Warnung des preussischen Ministerpräsidenten. Aus parteipolitischen Gründen hatte er auch die Sonderzuwendungen des Reiches an die süddeutschen Staaten aus der Biersteuer gebilligt, die die Leistungsfähigkeit Preußens beeinträchtigen.

Dieser Freiherr v. Gajl veröffentlicht nun eine längere Erklärung, in der er den Spiegel umzudrehen versucht. Die Kraftausdrücke, die er dabei braucht, beweisen nur sein schlechtes Gewissen. Denn es kann natürlich keine Rede davon sein, daß irgend jemand in Preußen, am wenigsten die Sozialdemokratie, die Grenzmarkenfrage zu einem 'Feldzug gegen die Deutschnationale Volkspartei', die Ostmarkenfrage zum 'Tummelplatz politischer Intrigen' machen wollte. Ueherlich geradezu mutet es an, wenn Herr v. Gajl behauptet, er habe den Liebesgaben des Reiches für Bayern und Baden und Württemberg nur deshalb zugestimmt, um damit die Freundschaft dieser Staaten für Ostpreußen zu bekommen. Tatsache ist vielmehr, daß der Vertreter Ostpreußens bei der Etatberatung vollständig versagt und die Interessen seines Landes der Rechtspolitik der Deutschnationalen geopfert hat. Daran können die verlegenen Ausflüchte nichts ändern, selbst wenn sie in noch so demagogischer Form vorgetragen werden.

Aber aus der Erklärung des Herrn v. Gajl ist zu entnehmen, daß er nicht nur bei der Etatberatung versagt hat. Bei seiner Verteidigung wirft er mit Schmutz um sich, um den Gegner zu treffen. Nur, daß Gajl selbst nicht merkt, daß er dabei nicht gerade sauberer wird. Behauptet er doch, selbst die dringenden Vorstellungen des ostpreussischen Oberpräsidenten hätten sich monatelang in den Amtsstuben der

Zündholztruhe und Schwedengelder.

Wo steckt die Korruption?

Die heutige Reichstagsitzung wurde pünktlich um 12 Uhr durch Präsident Loh eröffnet.

Der Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen Deutschland einerseits, der Freien Stadt Danzig und Polen andererseits über die Durchführung des Artikels 312 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 hinsichtlich der Freien Stadt Danzig (Sozialversicherung) wird in allen drei Lesungen ohne Ausnahme angenommen.

Es folgt die nochmalige zweite Beratung des

Zündholzmonopol-Gesetzes.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss beantragt, der Vorlage zuzustimmen. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag gestellt, wonach ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, für den folgende Richtlinien gelten:

1. Der Betrieb von Zündholzern, soweit sie nicht von Fabriken der Konsumgenossenschaften zum ausdrücklichen Verkauf an die ihnen angeschlossenen Mitglieder hergestellt werden, hat durch eine Zündholzverkaufs-V.-G. zu erfolgen, deren Aktien dem Reich gehören und deren Verwaltung von der Reichsregierung bestellt wird.

2. Für die Uebernahme der Produkte der bestehenden Zündholzfabriken durch die Zündholzverkaufs-V.-G. des Reiches sollen zunächst die Quoten des bestehenden Zündholzsyndikats maßgebend sein.

3. Die Festsetzung der Uebernahme- und Verkaufspreise und der Qualitätsbestimmungen findet durch die Verwaltung der Zündholzverkaufs-V.-G. im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister statt. Zur Beratung der Zündholzverkaufs-V.-G. in der Preis- und Abzugspolitik wird ein Beirat von der Reichsregierung ernannt, der paritätisch zusammengesetzt ist aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, weiter aus Vertretern der genossenschaftlichen Zündholzproduzenten.

Abg. Schlaack (Z.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, an den die Vorlage zur Nachprüfung der gegen den Abg. Behrens von der Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen worden war.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius führte aus, der Gesetzentwurf sei im Ausschuss sehr eingehend beraten worden. Der Abg. Heining habe keine Ausführungen gemacht, die volkswirtschaftlich von Bedeutung gewesen seien. Der Fall Behrens sei im Ausschuss völlig geklärt worden. Seine Berichterstattung sei völlig objektiv gewesen, die neuen vom Abg. Heining vorgebrachten Momente seien erst später gemacht worden. Wegen dieser Dinge brauche keine neue Ausschussberatung vorgenommen werden, sie könne das Plenum erledigen. Den Antrag der Sozialdemokraten auf Vorlage eines neuen Gesetzes lehnt der Minister ab. Die Behauptung, daß das Monopol deutsche Interessen verlege, sei unzutreffend. Der Schwedentrust habe sich nur deshalb mit den deutschen Fabriken im Jahre 1926 verbunden, um eine etwaige deutsche Konkurrenz im Auslande zu verhindern. Die Ablehnung des Gesetzentwurfes würde zur völligen Auslosung der freien deutschen Fabriken durch den Schwedentrust führen. Die volkswirtschaftlichen Interessen würden durch die Vorlage völlig gewahrt. Auch die Interessen der Verbraucher seien dabei geschützt worden. In der Preisfrage würden die Konsumgenossenschaften als Regulatoren wirken. Die erste Preiserhöhung durch das Syndikat sei ohne Wissen des Ministeriums erfolgt, dieses habe für die Wiederherstellung des alten Preises gesorgt.

Die von der Sozialdemokratie gewünschte Einsetzung eines Beirats lehnte die Regierung ab, weil dieser Apparat für ein so kleines Gebiet zu kompliziert sei. Auch gegen die Schaffung eines Handelsmonopols beständen erhebliche Bedenken. Es handelt sich hier um einen Sonderfall, der nach sorgfältig ange-

stellten Ermägungen jetzt geregelt werden soll. So wie bisher dürfe man die Dinge in der Zündholzfabrikation nicht laufen lassen.

Abg. Heinig (Soz.)

stellt grundsätzlich fest, daß das Gesetz zur Reuberatung an den Ausschuss zurückgewiesen worden sei und nicht, wie der Minister behauptet, nur zur Prüfung des Falles Behrens. Ist diese Vorlage ein Gesetz zum Schutze der deutschen Industrie, wie der Minister sagte? Der Schwedentrust habe jetzt allerdings seine Taktik geändert und im Ausschuss hat man es auch verschwiegen, daß der als Sachverständige ernommene Abgeordnete Kraemer von der Volkspartei an einer Bank des Schwedentrusts beteiligt ist. Herr Dr. Regentann, der Präsident der Preussischen Hypotheken-Aktienbank hat einen Brief an den Abgeordneten Behrens gerichtet, der veröffentlicht worden ist. Darin wird behauptet, daß diese Bank mit dem Schwedentrust nichts zu tun habe. Das ist

objektiv und subjektiv eine Unwahrheit.

(Hört, hört!) Schon aus der Druckschrift der Regierung geht hervor, daß die Majorität dieser Bank dem Schwedentrust gehört. Es steht aber weiter fest, daß Herr Regentann über Unternehmungen des Schwedentrusts zu dieser Bank gekommen ist. Regentann hat auch die Landvolkbank des Herrn Behrens subventioniert. (Hört, hört!) Im Landtag haben die Deutschnationalen einen Antrag auf Prüfung der Korruptionserscheinungen im Parlamentarismus gestellt. Hier hätten sie Gelegenheit, den Korruptionserscheinungen nachzugehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute ist vom Minister anerkannt worden, daß die deutschen Zündholzfabriken durch den Schwedentrust Kredite bekommen sollen. Bisher hat dieser Trust aus Liebe kein Geld verlangt, höchstens die christlich-nationale Landvolkbank des Herrn Behrens.

Wenn der Trust jetzt Kredite gibt, so wird er wohl wissen, warum.

Der Reichswirtschaftsminister, auf dessen Zustimmung zu der Vorlage sich der Minister beruft, hatte eine gebundene Marschroute, auch der Ausschuss des Reichstages hat erst sehr spät Einblick in das Material erhalten. Wenn aus Grund des Kartellgesetzes ein einzelnes Unternehmen aus dem Syndikat austreten kann, dann hat das Sperrgesetz doch überhaupt keinen Sinn. Sehr bemerkenswert ist es, wie der Schwedentrust sich der Union Augsburg bemächtigt hat. Kaum hatte er dort die Majorität, so legte er den Betrieb zu zwei Dritteln still und kaum wird dieses Gesetz verstanden sein, so wird sich der Schwedentrust sämtlicher deutscher Unternehmungen der Union Augsburg bemächtigen und sie zum größten Teil stilllegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das noch Schutz der deutschen Industrie? Noch hat der Reichstag Gelegenheit, eine gesunde, volkswirtschaftliche Politik in der Zündholzindustrie zu treiben. Der Schwedentrust will ja für 12.000 Mark Posten deutschen Fabriksatz im Jahre abnehmen. Aber es besteht doch die Aussicht, daß die Rationalisierung die deutschen Betriebe auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig macht. Dann sind sie aber

auf 25 Jahre an den Schwedentrust gefesselt.

Heißt das, die freie Initiative fördern, von der Sie soviel reden? Die Erörterung dieser Dinge ist im Ausschuss verhindert worden. Jetzt soll auf 25 Jahre ein Monopol zugunsten des amerikanischen Schwedischen Trusts geschaffen werden. Die Sozialdemokratie ist mit ihrem Antrag den Erfordernissen der Industrie weit entgegen gekommen. Bei dem vorliegenden Gesetz handelt es sich aber darum, wichtige Interessen der deutschen Wirtschaft an das ausländische Kapital zu verraten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

preussischen Regierungsressorts herumdücken müssen. Wir wissen nicht, welche „dringendsten Vorstellungen“ Herr v. Gans meint. Tatsache ist jedenfalls, daß diese Wächter der Ostmark als Reichsrepräsentanten die Möglichkeit hätte, in den monatlich mehrmals stattfindenden Beratungen mit den Spitzen der Regierung seine Beschwerden vorzubringen. Er hat es, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, nicht getan. Sind also seine heftigen Mitteilungen richtig, so beweisen sie nichts gegen die Preußenregierung, sondern sie erhärten nur unser Urteil, daß Herr v. Gans seine Pflicht als Landesrepräsentant nicht erfüllt hat. Wir verstehen seinen Wunsch, man möchte um Gotteswillen darüber nicht reden, können ihm aber nicht den Gefallen tun, es zu verschweigen. Wer so leichtfertig die Vertretung des Volkes angreift, wegen Beschaffenheit, die er selbst verschuldet hat, der verdient keine Schonung.

Daran ist jedenfalls nichts zu ändern, daß durch Mitschuld des Freiherrn v. Gans die süddeutschen Staaten auf Kosten Preußens und der Ostmark ihr Geld bereits bekommen, während über die Hilfe für die Ostmark noch beraten wird — und auch das erst ernsthaft, nachdem der Sozialdemokrat Otto Braun durch seinen Protest das öffentliche Gewissen gegen diese ungleiche Behandlung Preußens aufgerufen hat. Nachrichten, die schon davon wissen wollen, daß das Reich für Ostpreußen eine gewisse Zahl von Millionen besonders freigeben will, treffen nach unseren Informationen nicht zu und sind offenbar nur auf das Bedürfnis der Reaktion zurückzuführen, die Spuren ihrer Heldentaten zu verwischen.

### Westarp erklärt sich.

Wir waren dagegen — also stimmten wir dafür.

Die Deutschnationalen haben zu 65 Proz. für das Republikstimmgesetz gestimmt. Sie haben das, wie zum Ueberflus jetzt Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ erklärt, gegen ihre Ueberzeugung getan. Das Gesetz, dessen Entwurf als erste die Unterschrift des Grafen Westarp trägt, wird jetzt von diesem selbst Grafen Westarp folgendermaßen charakterisiert:

Es war wirklich nicht nötig, uns mit einer Fülle von Zitaten zu überschütten, in denen der Nachweis enthalten war, daß wir Gegner dieses Gesetzes gewesen sind. Wie sind es auch heute und haben daraus in keinem Stadium der Verhandlungen, in Kabinett und Koalition, einen Hehl gemacht. Selbst abgesehen davon, daß es als Kampfgesetz gegen uns erlassen und angewendet worden ist, erklären wir in ihm ein Ausnahmegesetz, das in die Rechtsicherheit eingreift und den öffentlichen Frieden gefährdet. Unsere Gegnerschaft ist nach wie vor besonders scharf gegen den § 23, wonach die Reichsregierung den im Ausland weilenden Mitgliedern ehemals regierender Fürstenhäuser die Rückkehr verbietet oder an Aufenthaltsbeschränkungen knüpfen kann. Ist die Vorschrift nach unserer Meinung praktisch von geringer Bedeutung und schon aus diesem Grunde ganz überflüssig, so trägt sie nach unserer Auffassung in besonders hohem Maße alle Fehler einer aus Erregung und Haß geborenen Ausnahme-gesetzgebung. Sie ist ein Ausnahme-gesetz, gerichtet gegen eine einzelne Person, und zwar gegen die Person des deutschen Kaisers, dem die Rechte vorzuenthalten werden, die jeder Deutsche genießt. Sie ist, milde gesagt, kein Ehrenblatt in der Geschichte der Republik. Sie schlägt unserem monarchischen Empfinden ins Gesicht.

Warum haben die Deutschnationalen trotzdem für dieses Gesetz gestimmt. Graf Westarp gibt es ruhig zu: sie haben es getan, um in der Regierung bleiben zu können. Zu diesem Zweck haben sie etwas getan, was sie selber öffentlich für ein Unrecht erklären, sie haben ihrem „monarchischen Empfinden“ selber ins Gesicht geschlagen.

Es ist wohl noch niemals vorgekommen, daß der Führer einer Koalitionspartei ein gemeinsames Wort der Koalition derart nach seinem Abschluß herunterreißt und damit gegen seine Koalitionsgenossen so schwere Angriffe in der Öffentlichkeit

erhebt, wie es hier geschieht. Es ist wohl auch noch niemals vorgekommen, daß ein Parteiführer nach einer gesetzgeberischen Aktion mit solchem Zynismus erklärte: „Wir waren dagegen, also stimmten wir dafür.“

Die Deutschnationalen haben nach ihrer eigenen Erklärung sich selbst geohrfeigt, um in der Regierung zu bleiben. Sie haben sogenannte ideelle Forderungen preisgegeben, um sich dafür materiell entschädigen zu lassen. Und diese Partei behauptet, gegen den „Geist des Materialismus“, für „die Reinigung des öffentlichen Lebens“ zu kämpfen? Ein schallendes Hohngelächter wird ihr antworten.

### Deutschnationale Aufwertungspraxis.

Graf Westarp als Lügner angeprangert.

Der Rechtsausschuß des Reichstags schloß in seiner Mittwoch-sitzung die ganze Lesung der Anträge zur Aufwertungsfrage ab. Die zweite Lesung soll beim Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen nach Pfingsten stattfinden. Zur Beratung stand heute noch die Frage der Erstattung des Leihzinses mit Kriegsanleihe überzahlten Reichsnotopfers durch Zurückgabe von Anleihen. Die Regierung und die Mehrheit des Ausschusses hielt an der bereits im vorigen Jahre beschlossenen Resolution fest, die sich darauf beschränkt, daß die Erstattung in Kriegsanleihe nur geschehen soll zugunsten von Personen mit einem Einkommen von weniger als 3000 und einem Vermögen von weniger als 10000 M. Da die Frist für die Einreichung von Erstattungsanträgen zwar am 31. März abgelaufen ist, die Finanzämter aber angewiesen sind, bis zum 31. Mai einlaufende Anträge noch zu berücksichtigen, forderte Abg. Reil (Soz.), daß sofort durch die Presse die Zulässigkeit der Einreichung von Anträgen bis zum 31. Mai bekanntgegeben werde.

Bei Beratung eines auf die Kleinrentnerfürsorge sich beziehenden Antrages nagelte Abg. Reil sodann ein unverschämtes läugerische Darstellung des Grafen Westarp fest. In der „Kreuzzeitung“ vom 8. Mai schreibt der deutschnationale Graf, daß der bei der letzten Einberufung eingeleitete Betrag von 25 Millionen für die Kleinrentnerfürsorge den Sozialdemokraten hätte „mühsam abgegrenzt werden müssen“. Der wirkliche Sachverhalt war, wie Genosse Reil feststellte, folgender: Die Deutschnationalen hatten als Oppositionspartei ein Initiativgesetz beantragt, das den Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf Versorgung zusprach. Nach Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums erforderte der Antrag einen Aufwand von 400 Millionen jährlich. Als der Antrag zur Beratung kam, waren die Deutschnationalen Regierungspartei. Sie zogen sie den Antrag zurück, obgleich die Sozialdemokraten sich bereit erklärten, ihn zu unterstützen und zur Grundlage einer Beratung zu machen. Statt des deutschnationalen Initiativgesetzes wurde dann ein von ihnen ausgehender Antrag des Sozialen Ausschusses angenommen, der ganze 25 Millionen zur Verfügung stellt. Die Sozialdemokraten erklärten diese Lösung für vollkommen ungenügend, stimmten aber nach Ablehnung ihrer weitergehenden Anträge dafür. Es rief im Rechtsausschuß allgemeine Erregung hervor, als mitgeteilt wurde, wie Graf Westarp die Tatsachen auf den Kopf gestellt hat.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Rademacher hatte den Mut, zur Verteidigung seines Fraktionsführers zu sagen, Graf Westarp werde wohl seine Unterlagen für seine Behauptungen gehabt haben. Abg. Reil erwiderte ihm, dem Grafen werde Gelegenheit geboten werden, seine Unterlagen im Plenum bekanntzugeben.

### Russenkrise in Genf?

Um die Anerkennung der Sowjetregierung.

Genf, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Schon gestern war der sowjetrussischen Delegation zwecks Anerkennung des von ihr Schluß der Konferenz abzureisen gedachte, weil ihre Anträge und Erklärungen zu den Entschlüssen des Jollauschusses der Handelskommission und der Industrie-Kommission nicht nur abgelehnt, sondern von dem Präsidenten der beiden Ausschüsse dazu noch mit ablehnenden Bemerkungen versehen worden seien, so daß für die russische Delegation keinerlei Möglichkeit bestehe, irgend-

welche Vorteile nach Haus zu bringen. Diese Begründung erwies sich als vollständig falsch. Dagegen hat die russische Delegation bei der Konferenzleitung einen Antrag eingebracht, wonach die Wirtschaftskonferenz in einer besonderen Entscheidung oder im allgemeinen Teil der Konferenz-Entscheidungen die Anerkennung ansprechen soll, daß das kapitalistische und das kommunistische Wirtschaftssystem nebeneinander bestehen und daß eine Zusammenarbeit der beiden möglich sei. Der Antrag wird zuerst in einem Austauschklub der Handelskommission beraten. Von einer den Russen nahe- stehenden Seite wird dazu erklärt, daß die Sowjetdelegation entschlossen sei, Genf zu verlassen, wenn ihrem Begehren nicht entsprochen werde, jedoch soll eine solche Drohung, wie wir erfahren, offiziell noch nirgends ausgesprochen worden sein und man hält sie oder gar ihre Durchführung bei den meisten anderen Delegationen auch nicht für wahrscheinlich. Dabei wird darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Delegationsführern eine gewisse praktische Zusammenarbeit mit dem sowjetrussischen Wirtschaftssystem als möglich und wünschenswert halten. Dagegen scheint es für die Wirtschaftskonferenz unmöglich z. B. das russische Außenhandelsmonopol anzuerkennen.

Sodann hat das Redaktionskomitee für die Fragen der Industrie-Kommission den Entschlüssenentwurf endgültig betätigt und angenommen. Dieser Entschluß ist auf einen Vorschlag des Italieners Picelli zurückzuführen und entspricht zum größten Teil den von Dr. Lammer vorgeschlagenen Anträgen der deutschen Delegation. Der französische Standpunkt ist in allen wichtigen Punkten abgelehnt worden. Gerüchte, daß in der deutschen Delegation in der Kartellfrage irgendwelche Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, werden entschieden bestritten.

### Entente und Locarno.

Briand und Chamberlain halten an beiden fest.

London, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In einem am Mittwochabend vom Foreign Office veröffentlichten Communiqué über das Ergebnis einer mehrstündigen Unterredung, die am gleichen Nachmittag zwischen Chamberlain und Briand stattgefunden hat, heißt es, daß die beiden Staatsmänner alle zurzeit schwebenden internationalen Fragen auf das sorgfältigste geprüft hätten. Die Unterredung hätte einen äußerst freundschaftlichen Charakter gehabt, und es wäre die vollständige Übereinstimmung der beiderseitigen Ansichten festgestellt worden. Die beiden Minister seien in der Lage gewesen, die Festigkeit der Entente zwischen England und Frankreich ebenfalls festzustellen und hätten zugleich die Notwendigkeit anerkannt, die Entente als die sicherste Grundlage des europäischen Friedens noch weiter zu verstärken.

Im übrigen stellen Briand und Chamberlain fest, daß sie an dem Geiste des Vertrages von Locarno festhalten und weder England noch Frankreich die Absicht haben, in Bündnisse oder politische Kombinationen einzutreten, die nach Art der Vorkriegsbündnisse gegen Dritte gerichtet sein können oder geeignet wären, neue Gruppierungen in Europa zu schaffen. Die Friedensorganisation Europas müsse auf der Zusammenarbeit Deutschlands, Italiens und der englisch-französischen Entente aufgebaut sein.

### London erkennt Hankau nicht mehr an.

Der britische Vertreter abberufen.

London, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung hat ihren in Hankau sitzenden diplomatischen Vertreter zurückgezogen. Offiziell wird als Grund dieses Schrittes darauf hingewiesen, daß die Autorität der Hankau-Regierung zurzeit gleich Null sei.

Aus Schanghai wurde am Dienstag die Meldung von der Einnahme von Pukau durch Tschiangkai-schek demontiert. Die Stadt soll zurzeit von Truppen völlig entblößt sein.

Das baltische Kabinett Seipel wurde vom österreichischen Nationalrat gewählt.

### Ein sowjetrussisches Zugstück.

Auf die gestrige Erstaufführung der Komödie „Das Randa“ des jungen russischen Dichters Nicolai Erdmann im Renaissance-theater durfte man gespannt sein. Meyerhold hat das Stück in Moskau vor vier Jahren gespielt und seither soll es zum festen Bestand der großen Bühnen in Rußland gehören. Aufwühlende dramatische Kunst? Sehen wir zu, wie sich so ein modernes Zugstück ausnimmt. Wie andere Lustspiele auch hat „Das Randa“ a) eine Handlung, b) netische Situations-scherze, c) eine Moral. Ad a) Um kein über die Revolutionen in die Republik hineingerittenes Vermögen zu sichern, stellt Herr Smetanitsch bei der Wahl der bettelarmen Schwiegermutter eine Bedingung. Sie muß ihren kommunistischen Bruder Pawel mit in sein Haus bringen. Als Mitgift. Mit Hilfe seiner Partei-zugehörigkeit soll er, wenn's mal brenzlich wird, bei Behörden... man weiß schon, Geschäft ist Geschäft. Pawel seinerseits hängt eigentlich mehr am alten System. Aber da nun einmal jetzt republikanisch modern ist, beschließt er, sich bei der Partei einschreiben zu lassen. Das geht leider nicht so schnell. Deshalb stellt sich Pawel rasch selbst ein Mandat aus, erweist sich als sehr radikal und gesinnungstreu und gewinnt sofortigen Einfluß. Allerdings schreibt er mit allen Bestimmungswörtern feste Hurra, als eine Großfürstin plötzlich auf dem Plan erscheint. Zwar entsuppt sich die Großfürstin später als Dienstmagd, worauf man sich schnell wieder auf die kommunistische Republik einstellt, aber immerhin, man kann nie wissen, es hätte doch wieder die gute alte Zeit ausbrechen können. Aus dieser schlichten Inhaltsangabe springt sozusagen die Moral automatisch heraus: Sich von einem Gefrönten oder von einem Volkstommis mit Wonne treiben zu lassen, ist Jode wie Jode. Verhimmelung der Nacht bleibt in jedem Falle blöde. Es wird überall mit Wasser gelöscht.

Mit Inhaltsangaben von dramatischen Erzeugnissen ist es eine mühselige Sache. Soweit klimat alles sehr nett. Das russische Stück scheint Schmitz zu haben. Für das Maß der im Sowjetstaat gelebten (im „Mandat“ verarbeiteten) Duldsamkeit ist es ein erfreuliches Zeichen, wenn die Bosse tatsächlich so oft anstandslos aufgeführt werden darf. Im einzelnen (ad b) gehen drei Dinge vor: Pawel schlägt so nachdrücklich einen Nagel in die Wand, daß sich im Nebenzimmer ein Kochtopf mit Nudeln einem Junggefallen auf den Kopf stülpt. Mit diesem Topf auf dem Kopf und mudelebräunt rennt er drei Meile auf der Bühne herum. Ein außerordentlich schubereiter Revolver hat einen ganzen Akt mit Spaß zu füllen. Mit diesem ergiebigen Werkzeug führt die angstzitternde Mutter auf die eigenen Kinder. Nachher setzt sich die Magd ahnungslos darauf und waagt einen halben Akt lang nicht mehr aufzustehen. Diefelbe Magd wird in einen großen Koffer verpackt und der wird irgendwohin verladen. Sogar die Karzelei dient dem Autor als Mittel billiger Verhöhnepielung. Man sieht: keine Komödie weist allerhand auf, bloß keinen Geschmack. Kurz und gut, was bringt Meyerholds Theater? Kamottenkomik, wie wir sie uns allenfalls im Zirkus eine Viertelstunde gefallen lassen. Auf diese Art aberner Clownspäße haben sogar Kunststätten wie Puhmanns Sommerbühne längst verzichtet. Weil man auf die Dauer vor Langeweile

auswächst. Moral: Meyerhold, Stanislawski, Tairoff — es wird überall mit Wasser gelöscht.

Ein großer Teil der Darsteller müht sich das Russenmühen dadurch zu kennzeichnen, daß sie mit russischem Akzent deutsch radebrechen. Ein merkwürdiger Denkfehler des Regisseurs Friedrich Reubauer, von dessen Tätigkeit auch sonst nicht viel zu hören ist. Unbornberzig hätte er mit dem Rostoff wüten müssen. Unbornberzig hätte er Rose Liechtenstein ihre unerträglichen Ueber-treibungen austreiben und vor allem hätte er ein wirbelndes Tempo angeschlossen müssen. Richard Duschinsky als wandelbarer Kommunist Pawel hat wenigstens befalligende Züge, ebenso erheitern Erna Reigberg, Gertrud Kanig, Hans Leibelt und Arthur Rainzer. Ernst Degner.

Kess Langer veranstaltete auf Einladung der Volksbühne im Bürgeraal des Berliner Rathauses einen „Heiteren Abend“. Die mehrte sich in einer netten Einleitung sehr amüsan gegen die Bezeichnung „Vortragskünstlerin“, „Rezitatorin“. „Reinigen Sie mich Sprecherin, oder wie Sie wollen“, sagte sie und umschrieb damit offenbar die französische Wokabel „Diseuse“. Und wenn Selbstkenntnis sonst sehr selten ist, in diesem Fall muß man sie Kess Langer zugestehen. Daß sie keine „Vortragskünstlerin“ und „Rezitatorin“ ist, hat sie dem, der es bis dahin nicht wußte, im Rundfunk bewiesen. Ihre Leistungen vor dem Mikrophon blieben freundliche Durchschnittlichkeiten. Sie braucht den unmittelbaren Kontakt mit dem Publikum. Erst dann wird ihre persönliche Note wirksam. Kimit, Gesten, kleine halbhohe Zwischenbemerkungen geben den einzelnen Vorträgen ihre eigene Prägung und machen den Begriff „Kess Langer“ lebendig. Und Kess Langer ist heur in der Podiumskunst ein Begriff. Sie gehört zu den wenigen deutschen — Verzeihung! — Vortragskünstlerinnen, deren Name eine fernrührende Vorstellung hervorruft. Diese Berlinerin aus Breslau ist genau das, was man unter „Diseuse“ versteht: Frau voll heiterer Beweglichkeit und Charme, die aber dabei echtes Gefühl und Gestaltungsraft auch für das Sentimentale und Tragische aufbringt. Das bewies sie auch an diesem Abend mit dem kleinen Chanson „Der Guckwiebad“. Sonst hielt sie sich, getreu dem Titel der Veranstaltung, an Wilhelm Busch, Morgensterne Grottesken, schauerhafte Moritäten und einige Dichtungen des alten Kopisch. Sie wie ihr treuer Beiseiter am Flügel, Dr. Stephan Reisel, ernteten reichen Beifall.

90 Kilometer Fahrt für 20 Pfennig. Das billigste Beförderungsmittel der Großstädte dürfte die neue Ufergrundbahn sein, die jetzt in New York mit einem Kostenaufwand von 625 Millionen Dollar gebaut wird. Da man in der amerikanischen Riesstadt jede beliebige Fahrt für 5 Cents zurücklegen kann, so wird man nach Vollendung der Bahn eine Strecke von 92 Kilometern für 20 Pfennig zurücklegen können. Seit zwei Jahren wird an diesem gewaltigen Unternehmen eifrig gebaut, und in vier weiteren Jahren soll dieser Uferdurchschnitt durch das Felsgestein unter New York vollendet sein. 27 Kilometer der neuen Strecke sind bereits trotz der Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, fertig. Mächtige Bauten von Stahl sind an den Seiten der Straßen angelegt, die von den ungeheuren Felsblöcken mehrere Tonnen schwere Gesteinsbrocken herauf-

besördern, die dann in Lastkraftwagen abtransportiert werden. Unterirdische Seen und Flüsse mußten im Laufe der Arbeit ausgetrocknet werden. 10000 Arbeiter sind Tag und Nacht an dem Riesenerk beschäftigt.

Norwegens Vorbereitungen für die Sonnenfinsternis. Die norwegischen Behörden, insbesondere die Eisenbahnverwaltung, treffen besondere umfangreiche Vorbereitungen, um den erwarteten Zustrom von Fremden zu empfangen, die die Sonnenfinsternis am 29. Juni beobachten wollen. Die günstigste Beobachtungszone läuft quer durch das südliche Norwegen, und die Staatsbahnen werden in diesem Gebiet Sonderzüge laufen lassen, die die Besucher an die geeigneten Punkte bringen. Für die Einfuhr astronomischer Instrumente als Reisegepäck wird Zollfreiheit gewährt, und in Trøgernes, nördlich von Oslo, wird ein provisorisches Observatorium errichtet.

Die Sprachen der Minderheiten im sowjetrussischen Telegramm-dienst. In den Ländern der Sowjetunion sind jetzt die Sprachen der nationalen Minderheiten in Telegrammen zugelassen. Dennoch können nicht nur die Ukrainer, Deutschen usw. Telegramme in ihrer Muttersprache aufgeben, sondern auch die verschiedenen asiatischen Volksstämme genießen dieses Recht. Diese letzteren müssen allerdings die Worte ihrer Sprachen mit russischen Buchstaben schreiben, da ja die Schriftzeichen der verschiedenen asiatischen Sprachen und Dialekte den Telegraphenbeamten nicht verständlich wären. Die Sowjetpresse bepricht diese Maßnahme mit großer Genugtuung und weist in längeren Artikeln darauf hin, daß unter der Sarenregierung nur die russische Sprache im Telegrammdienst zulässig war.

Ihlen und der Tabak. Bisher war man überwiegend der Meinung, daß Ihlen Nichtraucher war. In einigen Stellen sind jedoch in letzter Zeit Zweifel hierüber aufgekommen, und so begab sich der Reporter eines Blattes in Oslo zu der noch lebenden letzten Hauswirthin des Dichters, um sie über diesen wichtigen Gegenstand auszufragen. Er erfuhr zu seinem Schrecken, daß Ihlen zwar in der Tat nicht zu rauchen pflegte, dafür aber dem Tabakrauch in der wenig ästhetischen Form des Kauens gern zusprach. Tiefschürfende literarhistoriker werden nicht verfehlen, aus dieser Feststellung ihre psychologischen Schlüsse zu ziehen.

Späte Veröffentlichung. In meiner Beschreibung der Volksbühnenaufführung des „Sommerstraumes“ heißt infolge eines Hörfehlers bei der telephonischen Uebermittlung der unerschütterlich ernst bleibende und doch erschütternde komische Darsteller des Webers Zeitlich-fälschlicherweise Paul Linde. Es ist mir eine angenehme Pflicht, statt des Linken den Rechten, nämlich den unverwundlichen Paul Henckels, zu nennen, der diese Erwähnung wirklich verdient.

Die Ausstellung der Arbeiten von J. J. P. Oud-Norderdam findet gegenwärtig in den Räumen von Sasmuths „Rundstücken für Baukunst“, Warfstrasse 31, statt. Der Eintritt (morgens 12-19 Uhr) ist frei.

Der Internationale Verband für Wohnungswesen und Städtebau läßt zu einer Sitzung in Luzern am 4. Juni ein, um die Gründung einer Sektion für Wohnungswesen zu besprechen.

Die Wiener Philharmoniker beschließen in ihrer Generalversammlung für die Winterkonzerte der nächsten Saison Kurtwängler, Schall und Bruno Walter zu verpflichten.

## Der neue Fall Magdeburg.

Eine Mahnung und eine „Mahnung“.

Als neueste Phase des Magdeburger Justizskandalis kann man den Fall des Landgerichtsdirektors Löwenthal bezeichnen, der in der Mittwochssitzung des Preussischen Landtags von Genossen Kuttner zur Sprache gebracht wurde. Landgerichtsdirektor Löwenthal leitete seinerzeit die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Mörder Schröder und hat, wie allgemein in der Öffentlichkeit anerkannt wurde, seine Aufgabe mit Objektivität und Takt durchgeführt.

Mit um so größerem Befremden erfährt man jetzt, daß Herr Löwenthal vom Oberlandesgerichtspräsidenten Raumburg eine disziplinarische „Mahnung“ ausgesprochen wurde. Das Vorspiel dieser Rüge läßt an Eigenart nichts zu wünschen übrig und ist bezeichnend für das Treiben der Magdeburger Justizfronde.

Einige Zeit vor der Verhandlung des Falles Schröder erhielt nämlich Landgerichtsdirektor Löwenthal den Besuch eines Magdeburger Staatsanwalts, der ihm „privatim“ nahelegte, lieber den Vorsitz der Verhandlung nicht zu führen. Es sei das doch eine unangenehme Sache, nachdem der Fall Schröder-Haas so sehr die Öffentlichkeit beschäftigt habe, und auch Magdeburger Richter (Kölling und Hoffmann) in die Sache hineingezogen seien. Herr Löwenthal möchte sich doch lieber krank melden, dann sei er aller Unbequemlichkeiten überhoben. Dies Gespräch mußte den Eindruck erwecken, als ob hinter dem Staatsanwalt noch andere Persönlichkeiten der Magdeburger Landgerichtsstände. Die Magdeburger Justizfronde, zu der Herr Löwenthal nicht zählt, fühlte sich offenbar bedroht durch die Tatsache, daß ein wirklich unparteilicher Richter den Prozeß gegen Schröder führen würde. Die Befürchtung erwies sich denn auch — vom Standpunkt der Justizfronde aus — als begründet, da Herr Löwenthal sich nicht damit begnügte, die Schuld Schröders, sondern auch die völlige Unschuld des von der Kölling-Clique verfolgten Fabrikanten Haas festzustellen.

Daß Herr Löwenthal die „private“ Mahnung des vorgeführten Staatsanwalts nicht beachtete und den Prozeß durchführte, sollte indirekt der Anlaß zu der disziplinarischen Mahnung werden. Von diesem seltsamen Gespräch hatte nämlich der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Bohner erfahren und er fragte bei der Debatte über den Magdeburger Fall den Justizminister in vorsichtiger Form, ob ihm nicht Anzeichen einer passiven Resistenz in Magdeburg bekannt geworden seien, wobei Dr. Bohner das erwähnte Vorwissen im Auge hatte.

Das genügt der Magdeburger Richterfronde, um gegen Dr. Löwenthal ein Kesseltreiben zu veranstalten. Es wurde amtliche Umfrage bei sämtlichen Richtern des Magdeburger Gerichts gehalten, wer mit Dr. Bohner in persönlichen Beziehungen gestanden habe. Als einziger meldete sich Landgerichtsdirektor Löwenthal. Aus diesem Bekenntnis folgert nun der Oberlandesgerichtspräsident Raumburg ohne weiteres, daß die Anfrage des Dr. Bohner im Landtag auf Informationen Löwenthals beruht habe. (Dr. Bohner bestreitet, seine Informationen von Dr. Löwenthal erhalten zu haben.) In höchst spitzfindiger Weise folgert der Oberlandesgerichtspräsident nun weiter: eine passive Resistenz in Magdeburg habe nicht bestanden. Wenn Löwenthal zu Dr. Bohner von einer solchen passiven Resistenz gesprochen habe — wie gesagt, eine ganz willkürliche Unterstellung —, so habe Landgerichtsdirektor Löwenthal sich der Verbreitung unwahrer Gerüchte schuldig gemacht, die das Ansehen des Magdeburger Landgerichts schädigten. Deshalb eine disziplinarische Mahnung.

Im Landtag äußerte der sozialdemokratische Redner mit Recht: Das Ganze mude an, wie ein Kassefeldzug der Justizfronde für Hoffmann und Kölling. — Der Justizminister bestritt den Tatbestand nicht, er erklärte, daß er sich bereits wegen der Sache mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Verbindung gesetzt habe. Im übrigen könne er sich jetzt noch nicht zu der Sache äußern.

Wir möchten hoffen, daß der Justizminister in nächster Zeit Veranlassung findet, das von sich aus zu tun. Sonst kann er sich nicht wundern, wenn das Wort von der „Vertrauenskrise der Justiz“ neue Nahrung findet.

## Internationaler Kampf gegen Zollwucher.

Eine Einladung der französischen Sozialisten.

Paris, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltungskommission der sozialistischen Partei beschloß am Mittwoch, sich mit den Sozialisten Deutschlands, Belgiens und der Schweiz in Verbindung zu setzen, um gemeinsam die Frage der Zolltarife zu prüfen. Diese Aussprache wird voraussichtlich am 30. und 31. Mai in Paris stattfinden. (Eine solche Einladung ist beim Parteivorstand bisher nicht eingelaufen. Die Red.)

## Sür „rascheste Entspannung“.

Eine polnische Antwort auf die Darlegungen des „Vorwärts“.

Warschau, 19. Mai. (W.B.) Die der Regierung nahe stehende „Epoka“ schreibt zum Artikel des „Vorwärts“ über die Verfolgungen der deutschen Minderheit in Oberschlesien: Die polnischen Behörden werden zweifellos die Angelegenheit der angeblichen Verfolgungen von Deutschen in Rybnik aufklären. Vorläufig muß festgestellt werden, daß die durch die Beuthener Tagung nach Oberschlesien hereingetragene Spannung zweifellos bei den Gemeinbewohnern zu einer Verschärfung des Verhältnisses zwischen Polen und den Deutschen in Oberschlesien geführt hat. Unter diesen Bedingungen dürften verschiedene Wahlvorgänge niemanden allzusehr in Verwunderung setzen. Diese Vorgänge erfordern jedoch rascheste Entspannung, die beiden Seiten gleichmäßig zugute käme.

Bei den Innsbrucker Gemeindevahlen erhielten die Sozialdemokraten 12312 Stimmen, das sind rund 1450 Stimmen mehr als bei den letzten Gemeindevahlen im April 1925, während die Christlichsozialen und Großdeutschen im Vergleich zu den letzten Wahlen 1500 Stimmen verloren. Die Sozialdemokraten feierten infolgedessen ihren bisherigen Beststand um ein Mandat; die Christlichsozialen verloren dagegen einen Sitz. Der Gemeinderat besteht jetzt aus 19 Sozialdemokraten, 12 Christlichsozialen, 9 Großdeutschen und 2 Nationalsozialisten.

Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem früheren Königshaus ist, soweit die Barabfindung in Frage kommt, endgültig erledigt, nachdem am 3. Mai die letzte 5-Millionen-Teilzahlung erfolgt ist. Einige noch schwebende Einzelheiten werden durch Vergleich, im Notfalle durch das im Vertrag vorgesehene Schiedsgericht zu erledigen sein.

# Die Todesfahrt von der Wilhelmshöhe.

Neun Tote, zwanzig Verletzte. — Meist Kasseler Einwohner. — Das Kinderspiel an der Bremse.

Das furchtbare Straßenbahnunglück, über das wir im heutigen Morgenblatt berichteten, hat die ganze Stadt Kassel in Aufregung versetzt. Es kann als sicher gelten, daß die Toten und Schwerverletzten Opfer einer kindlichen Spielerei geworden sind. Der kleine Junge, der die Bremse löste und damit den Wagen in die Todesfahrt jagte, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Folgendes wird uns nach an Einzelheiten aus Kassel berichtet:

Kassel, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der 18. Mai brachte nach regnerischen Tagen den ersten klaren sonnigen Tag, der viele Spaziergänger ins Freie lockte. So herrschte auch bei Wilhelmshöhe und auf dem Malang (einem Ausflugsort) starker Betrieb. Überall in den Kasseggärten freute sich das Publikum des schönen Tages. Auf den Laubengärten arbeiteten die Siedler. Alles bot ein Bild tiefsten Friedens. An der Endhaltestelle der Linie 5, Ede Fürsten- und Kohlenstraße, stand um 7,22 Uhr ein Wagen der Straßenbahn (Nr. 105) abfahrtsbereit. Etwa 30 Personen hatten Platz gefunden. Der Wagen war also vollbesetzt. Plötzlich, ohne daß es zunächst bemerkt wurde, setzte sich der Wagen in Bewegung und lief mit steigender Geschwindigkeit das Gefälle der Fürstenstraße hinab. Im Wagen entstand alsbald eine wilde Panik, als sich herausstellte, daß weder Führer noch Schaffner im Wagen waren. Alles drängte zur Tür, überraschenderweise aber zur hinteren Tür und suchte sie zu öffnen. Ein wildes Ringen um den Ausgang setzte ein. Niemand dachte an die vordere Tür, niemand fand die Geistesgegenwart sich der Bremse zu bedienen. Der Wagen sauste immer weiter und sprang an der Ecke der Brabanter Straße in der ersten Kurve aus den Schienen, fuhr auf der Straße weiter, prallte mit unerhörter Wucht gegen den Bordstein der Straße und überschlug sich. Die Räder starteten in die Luft. Das Obersteil des Wagens hatte sich eingedrückt. Aus dem Inneren des Wagens erklangen Schreie und Hilferufe. 9 Tote wurden unter dem zerstörten Wagen hervorgeholt. Den meisten war der Schädel zertrümmert, das Gesicht unkenntlich.

Nacheinander trafen auf der Unglücksstätte Regierungspräsident Dr. Friedensburg, der Polizeipräsident von Karsf, Oberbürgermeister Stadler, der Straßenbahndirektor und weitere Behördenvertreter ein. Der Direktor der Straßenbahn erklärte, daß es in seiner langen Praxis als Straßenbahner das erste Mal sei, daß ein solch schwerer Wagen fast vollständig zertrümmert werden konnte. Es wird weiter behauptet, das ein 11-jähriger Junge die Bremse gelockert haben soll. Wie die Augenzeugen des Unglücks erzählen, kippte der Wagen mit Donnerkrachen um, wobei die ganze Umgebung in Staub gehüllt wurde, daß im ersten Augenblick nichts zu sehen war. Es wird von einem jungen Mädchen erzählt, das, sowie es die Gefahr erkannte, zwei kleine Kinder faßte und vom Wagen herabwarf, sodann selber nachsprang. Die Kinder kamen mit leichten Hautabschürfungen davon. Das Mädchen soll erhebliche Verletzungen aufweisen. Das Gros der Fahrgäste bestand aus älteren Leuten und Fremden, wie z. B. die Familie Molitor aus Dresden, die vier Angehörige unter den Verletzten hat. Der Mittwoch ist gewöhnlich der Tag, an dem Wilhelmshöhe und die Malang sehr stark aufgesucht werden, weil an diesem Wochentag die Behörden nachmittags ihren Beamten freigegeben.

Die Namen der bisher identifizierten Toten, sämtlich aus Kassel, sind: Geheimrat Rinteln, Witwe Rebekka Hartung, Frau Alma Graff und ein Herr Denert.

## Die heißen Straßen von der Wilhelmshöhe.

Die entsetzliche Straßenbahnkatastrophe in Kassel erklärt sich, wie man uns telegraphiert, in ihrer Schwere vielleicht aus den besonderen Bedingungen der Kasseler Straßen. Die Stadt ist nicht eben angelegt wie z. B. Berlin, sondern bergig gelegen, mit besonders auf der Wilhelmshöhe zum Teil steil abfalligen Straßen. Die Resonanz eines derartigen Unfalls wird dadurch verständlich. Die Fürstenstraße im Druselstal ist eine scharf abfallende Straße mit scharfer Kurve, die dem führerlosen Wagen natürlich verhängnisvoll werden mußte. Der Anprall des Wagens gegen die Bordwand der Straße ist daher sicherlich von unerhörter Wucht gewesen und muß den Wagen vollständig zertrümmert haben. Unverständlich scheint, daß der mit Ausflüglern überfüllte Wagen (die Linie 5 der Großen Kasseler Straßenbahn ist neben der Linie 1 die im Frühjahr und Sommer meistbenutzte Bahnverbindung, da sie den Verkehr zwischen der inneren Stadt und dem Ausflugsort Malang auf Wilhelmshöhe vermittelt) ohne Führer und Schaffner völlig unbeaufsichtigt stand. Besonders tragisch ist, daß die wilde Panik es besonnenen Fahrgästen anheimelnd unmöglich machte, durch Anziehen der Bremsen den die Fürstenstraße herunterlaufenden Wagen vor der Katastrophe zum Halten zu bringen. Ein Bild von der Abwärtsfahrt der Straße mag vielleicht die Tatsache bieten, daß die Straße im Winter von der Jugend häufig zum Rodeln benutzt wird. Die Kurve, an der das Unglück geschah und der Wagen aus den Schienen sprang, biegt die Bahnschienen scharf nach links und führt weiter steiler abwärts hinunter, in Richtung Bahnhof Wilhelmshöhe (an der Wilhelmshöhe Allee). Liebrigens kann es sich nicht, wie zuerst gemeldet wurde, um einen Anhängerwagen, sondern nur um einen Hauptwagen gehandelt haben, da die Linie 5 wohl der starken Steigung wegen, die die Bahn beim Herausfahren ins Druselstal zu bewältigen hat, nur einwagig fährt.

Zur gleichen Zeit wird ein schweres Straßenbahnunglück aus Frankfurt a. M. gemeldet. Danach stieß ein aus zwölf Wagen bestehender Zug der städtischen Straßenbahn beim Rangieren an dem Straßenbahnübergang Vorst-Wee-Mausonstraße mit einem aus Richtung Bergen kommenden, aus drei Wagen bestehenden Straßenbahnzug seitwärts so heftig zusammen, daß der mittlere Wagen mit großer Gewalt zur Seite geschleudert und umgeworfen wurde. Auch der dritte Wagen wurde umgeklippt. Der Schaffner des zweiten Wagens namens Grohgang und ein sechzehnjähriger Klempner, Heinrich Roeder, wurden sofort getötet, während sechs andere Personen, deren Namen noch nicht feststehen, mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Hospital eingeliefert werden mußten. Außerdem wurde eine ganze Reihe anderer Personen leicht verletzt.

Ein weiterer schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich in Paris. Dort stieß in einem Vorstadtbezirk ein Auto mit einer Straßenbahn so heftig zusammen, daß der Lastkraftwagen zertrümmert und der Straßenbahnwagen eingedrückt wurde. Drei Personen wurden getötet, sechs schwer verletzt. Das Auto soll die zulässige Geschwindigkeit erheblich überschritten haben.

# Der Segen der Konsumvereine.

Erwiderung auf eine Denkschrift der Organisation des Einzelhandels.

Ende vorigen Jahres hat das Internationale Arbeitsamt in Genf die Ergebnisse einiger Erhebungen veröffentlicht, die den Vergleich zwischen den Verteilungskosten des Einzelhandels und denjenigen der Konsumgenossenschaften zum Gegenstand hatten. Der „Vorwärts“ hat in einem Artikel „Der Segen der Konsumvereine“ in Nr. 540 Ende vorigen Jahres die Denkschrift des Internationalen Arbeitsamtes ausgewertet. Da die Feststellungen dieser Denkschrift eindeutig die Warenverteilung durch die Konsumgenossenschaften als erheblich billiger feststellten, hat unser Artikel in den Organisationen des Einzelhandels an sich begriffliche Empörung wachgerufen. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat deshalb für die Tagung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf eine Gegenwartschrift anfertigen lassen. Diese Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß nach Sondererhebungen der Hauptgemeinschaft in 65 untersuchten Fällen die Konsumvereine in 44 Fällen teurer als der Einzelhandel, in zehn Fällen die Preise der beiden Gruppen gleich und nur in elf Fällen die Einzelhandelsgeschäfte teurer waren als die Konsumvereine. Von der Existenz der Gegenwartschrift haben wir kürzlich Mitteilung gemacht. Leider war sie uns bisher noch nicht zugänglich. Da die Feststellungen der Hauptgemeinschaft aber nicht richtig sein konnten, hatte der Zentralverband Deutscher Konsumvereine sich seinerseits genötigt gesehen, in dem größten Teil der 44 von der Hauptgemeinschaft genannten Städte Probeeinkäufe beim Einzelhandel vorzunehmen zu lassen, und die dort festgestellten Preise denjenigen der Konsumvereine gegenüberzustellen.

## Konsumvereine in 90 Proz. der Fälle billiger.

Das Ergebnis der in der Zeit vom 26. bis 29. April 1927 vorgenommenen Untersuchungen, bei denen auch die Qualitäten und die Gewichtsmengen einer Prüfung unterzogen wurden, wird jetzt vom Zentralverband in einer umfangreichen Erwiderung veröffentlicht. Dabei verhandelt der Zentralverband auf jeden Kommentar. Um so mehr Wert wurde darauf gelegt, im Gegensatz zu den Untersuchungen der Hauptgemeinschaft die öffentliche Kontrolle der gemachten Feststellungen zu erleichtern. Ueber jeden Einkauf wurde ein Protokoll geführt. Der Wortlaut der Protokolle wird ohne Kommentar veröffentlicht, und die zum Vergleich angekauften Waren wurden zusammen mit den verglichenen Konsumvereinswaren sofort versiegelt und deponiert, soweit es sich nur um haltbare Waren handelte. Außerdem wurden die Geschäfte, von denen gekauft wurde, nach Namen und Straße genannt, die Kontrollzettel wurden aufgehoben. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: von insgesamt 181 Händlern, deren Preise mit denen der in Betracht kommenden Konsumvereine verglichen wurden, waren 17 billiger, 2 gleichpreisig, 162 aber teurer als die Konsumvereine. In rund 90 Prozent aller Fälle war der Konsumverein also billiger. Dabei sind nach unserer Kenntnis in allen Fällen die am Jahresabschluss gewählten Rückvergütungen in die Berechnungen nicht eingeschlossen.

## Einzelergebnisse.

Es ist jedoch interessant, die Ergebnisse im einzelnen zu verfolgen. Unmöglich, sämtliche Ergebnisse abzudrucken. Aber als

Beispiel für die Sorgfalt mögen die Feststellungen der ersten sechs Städte wiedergegeben sein.

	Einzelvergleich für	Einzelhandel in M.	Konsumverein in M.	beim Konsumverein teurer in M.	billiger in M.
Amberg	1. 8 Waren	3,47	2,95	—	—,52
	2. 12 „	4,79	4,35	—	—,44
	3. 10 „	8,57	8,30	—	—,27
	4. 10 „	3,02	3,45	—	—,43
Köln	aus 4 Geschäften 88 Waren	33,14	31,20	—	1,95
	1. 16 Waren	4,90	4,90	—	—
	2. 16 „	4,71	4,90	0,19	—
	3. 16 „	4,77	4,90	0,13	—
	4. 16 „	5,82	4,90	—	—,92
Darmen	1. 14 „	9,44	8,87	—	—,57
	2. 14 „	8,97	7,87	—	—,10
	3. 14 „	9,88	8,87	—	—,10
	4. 15 „	10,57	9,03	—	—,15
Bayreuth	1. 14 „	8,20	7,40	—	—,80
	2. 12 „	8,18	7,47	—	—,71
	3. 14 „	8,27	7,76	—	—,51
	4. 14 „	7,58	7,24	—	—,34
	5. 13 „	6,78	6,16	—	—,62
Berlin	1. 19 „	10,45	10,84	—,39	—
	2. 19 „	11,17	10,84	—	—,33
	3. 19 „	11,23	10,84	—	—,39
	4. 19 „	11,55	10,84	—	—,71

Wie bei diesen sechs Städten, so geht es in den untersuchten 40 Städten fort. Das Bild ändert sich nicht. In allen Städten ergibt sich, daß die Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes richtig waren.

## Spezialuntersuchungen.

Einige Einzelheiten der Untersuchung haben aber zweifellos besonderes Interesse. So die Untersuchungen der Konsumgenossenschaft Berlin und der Handelsgesellschaft „Produktion“ in Hamburg. Die Preisvergleiche für Berlin sind in der großen Tabelle schon mitgeteilt. Die Einkäufe erfolgten in folgenden Privatgeschäften: Oberlein, Badstraße, Schramowski, Nichtenberg, Wilhelmstraße 18, Schröder, Charlottenburg, Pestalozzistr. 1, und F. Holzmann, Pustischtr. 1, alles Gegenüber, die für die Einkäufe der Arbeiterkraft wichtig sind. Einen Sondervergleich hat die KGB für Kartoffeln vorgenommen. Bei 30 Pfund verschiedener Sorten, die an vier Stellen bei Privatverkäufern eingekauft wurden, ergab sich durchweg zugunsten der KGB-Preise eine Differenz.

Je 10 Pf. gekauft von:	(Off. Gem.-Macht (Weinmündl. Str.)	Kasse in Lichtabg.	Preis in M.	Preis in M.	Preis in M.	KGB
Weiße Wagn. kon.	0,75	0,85	0,70	0,75	0,62	
Rote Wollmann	0,80	0,75	0,75	0,80	0,75	
Gelbe Industrie und Blaue Oberwälder	0,90	0,85	0,85	0,90	0,87	
80 Pfund zusammen	R. 2,45	2,25	2,90	2,45	2,24	

Besonders merkwürdig sind die Untersuchungen der Hamburger „Produktion“. Am 28. April fand auf Anregung eines Vertreters des Enqueteausschusses eine Qualitäts- und Preisprüfung statt. Der untersuchenden Kommission gehörten u. a. Professor Tasta und Herr Schnell vom Statistischen Landesamt Hamburg an. Bei Einkäufen von je 20 Waren in 10 verschiedenen namentlich genannten Geschäften ergaben sich folgende Differenzen:

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Preissumme	14,48	14,52	12,50	11,60	10,33	17,25	10,94	12,54	14,49	14,40
„Produktion“	13,99	15,01	12,93	11,83	11,94	11,25	10,21	11,15	13,25	14,23
„Produktion“ teurer	0,49	—	0,57	—	—	6,00	0,73	1,39	1,24	0,17
„Produktion“ billiger	—	—	0,23	0,71	—	—	—	—	—	—
also billiger	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Diese Untersuchungen zeigen, daß die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels keinen Grund hat, sich über die Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes zu beschweren. Es ist in der Tat so, daß die Warenverteilung durch die Konsumvereine für den deutschen Verbraucher billiger ist. Es ist das schließlich selbstverständlich. Denn sowohl die Einkaufsmöglichkeiten als auch die Generalkosten der Konsumvereine sind naturgemäß niedriger. Es ist gut, daß der Zentralverband Deutscher Konsumvereine die Behauptungen der Hauptgemeinschaft sofort beantwortet hat. Es ist das ein Beweis für das Verantwortlichkeitsgefühl der Konsumvereine gegenüber der Verbraucherschaft. Der Einzelhandel darf den Konsumvereinen wegen ihrer Existenz keine Vorwürfe machen. Die billigere Versorgung des Massenhaushalts ist ein Stück Vohn- und Existenzkampf der Arbeiterschaft, das um so wichtiger und selbstverständlicher wird, je schwerer den arbeitenden Massen der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gemacht wird. Leider ist im Einzelhandel die Ansicht noch lange nicht allgemein, obwohl von der Kaufkraft der Massen auch das Schicksal des Einzelhandels abhängt, daß auch der Einzelhandel den Kampf der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lebenslage nicht hemmen, sondern fördern sollte. Die Verbilligung der Warenverteilung aber ist darüber hinaus eine volkswirtschaftliche Selbstverständlichkeit, an der der Konkurrenzkampf nichts ändern darf.

### Ein Heim für Republikaner.

Der „Bund“, die Vereinigung freihändlerischer Akademiker, hat sich nach längerer Vorarbeit im Hause Albrechtstraße 11 ein Heim errichtet. Wie bekannt, verfolgt der „Bund“ die Tendenz, alle republikanisch und freihändlerisch gesinnten Akademiker zusammenzuschließen, um eine Front gegen die Reaktion auf den deutschen Universitäten und in den akademischen Kreisen zu bilden. Das neu errichtete Heim soll nun zum Sammelplatz aller fortschrittlich Denkenden werden. Vor allem liegt dem „Bund“ daran, einen Kontakt zwischen den Akademikern und den Studenten herzustellen und in gemeinsamer Arbeit an der Neugestaltung der deutschen Hochschulen und an einer Vertiefung der Beziehung zwischen Akademikern und dem republikanischen deutschen Staat zu wirken. Gestern, am Samstag des Zusammentritts des ersten deutschen Parlaments, der Frankfurter Nationalversammlung, fand die Eröffnung des Heims statt. Eingeleitet wurde die Feier mit den ersten Sätzen des Beethovenschen Trios in B-Dur op. 97, sehr eindrucksvoll von Eva Helmin, Ull Krüger-Wische und Prof. Hoos Bassermann gespielt. Ministerialdirektor Dr. Falk verlas einen Brief des Reichsanstalters Dr. Marx, in dem dieser der Hoffnung Ausdruck gab, daß die akademischen Kreise sich nicht lange mehr in ihrer abweichenden Haltung der deutschen Republik gegenüber verhalten und daß sie endlich ihre staatliche Aufgabe erkennen werden. Prof. Karl Stählin, der Präsident des „Bundes“, gedachte der Frankfurter Nationalversammlung, charakterisierte sie als das Parlament des größten und stärksten sittlichen Willens und feierte den ersten Präsidenten der deutschen Republik Friedrich Ebert, der gemeinsam mit Hugo Preuß die Idee des großdeutschen Volksstaats verwirklicht hat.

### Es hat schon geholfen!

Unsere Mitteilungen über die Provoaktion der republikanischen Bevölkerung durch den „Hol“-Bädermeister Gaebe in der Großen Beerstraße haben einen radikalen Erfolg gehabt. Heute vormittag waren die Schaufenster seines Ladens zunächst verhängt und als sie wieder freigelegt wurden, war die ganze Propagandaausstellung „Einst und jetzt“ weggeräumt. Daraus mag man ersehen, wie schnell die republikanische Selbsthilfe ihre Wirkung ausübt.

### Rache eines betrogenen Ehemannes.

In Saarenhof im Darpoter Kreise traf der Landwirt Roosberg bei seiner Frau einen fremden Mann. Roosberg jagte die Frau mit ihrem Kinde aus dem Hause, schloß den Liebhaber im Zimmer ein und steckte dann das Haus in Brand. Der Hof mit allem Zubehör brannte vollständig nieder. Von dem Liebhaber wurde keine Spur mehr gefunden.

### Linart gewinnt das „Goldene Rad“.

Auf der Olympia-Bahn.

Nachdem das „Goldene Rad“ am Sonntag und am Dienstag dem Regen zum Opfer gefallen war, konnte es am Mittwoch zum Austrag gebracht werden. Für den abgerissenen Brunier stellte sich Rosellen dem Starter mit Sawall, Müller, Linart und Wanderstung. Als überlegener Fahrer im Fünferfeld erwies sich der Belgier Linart, dessen Fahrweise große Anerkennung verdient. Er wußte den 100-Kilometer-Lauf als Sieger in 1 Stunde 24 Min. 15,2 Sek. zu beenden. Sein schärfster Rivale war der Bahnmotorador Walter Sawall, der fünf Meter zurück den zweiten Platz belegte. Rosellen folgte als dritter mit 300 Meter Rückstand in gleicher Runde. Müller (630) und Wanderstung (1990 Meter zurück) nahmen die beiden letzten Plätze.

Die umrahmenden Fiegerkämpfe brachten im italienischen Verfolgungsrennen den Sieg Hahn-Vougardt-Behrendt-Betermann-Macchini. Sie schloßen die Mannschaft Häusler-Wählbad-Krüger-Blank-Rax in 5 Min. 36,4 Sek. Im Prämiensfahren dominierte Hahn, im Borgabefahren R. u. H.

## Streikbewegung in der AEG.

Vohnabbau aber nicht Vohnaufbau.

Seit Monaten schon stehen die Werkzeugmacher des AEG-Konzerns mit den Betriebsleitungen in Verhandlungen, um eine Erhöhung der Löhne und Akkordpreise, die im Vorjahre teilweise bis zu 15 Proz. abgebaut worden waren, durchzusetzen.

Die Betriebsleitungen, die es mit dem Vohnabbau damals sehr eilig hatten, konnten sich jetzt aber nicht dazu verstehen, das ihren Arbeitern unter dem Druck der Wirtschaftskrise Abgekämpfte wieder zurückzugeben. Der Arbeiterschaft ist nun, nachdem die Verhandlungen schon wochenlang hingejogen werden, der Geduldsfaden gerissen.

Nach einer in den einzelnen Betrieben durchgeführten Abstimmung, die mit über Dreiviertelmehrheit den Streikbeschluss ergab, traten am Mittwoch die Werkzeugmacher der AEG, Koloniestraße und Drontheimer Straße in den Streik. Heute haben die Werkzeugmacher der AEG, Treptow und Friedenau die Arbeit ebenfalls eingestellt. Im Werk Treptow hat die gesamte Belegschaft die Forderung auf eine 15prozentige Vohnforderung gestellt. Da die Betriebsleitung diese Forderung ebenfalls abgelehnt und eine im Betrieb durchgeführte Abstimmung die erforderliche Streikmehrheit ergeben hat, ist damit zu rechnen, daß im Laufe des heutigen Tages die gesamte Belegschaft von rund 1200 Mann die Arbeit niederlegt. In den oben angeführten Werken sind an der Bewegung etwa 200 Werkzeugmacher beteiligt, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung auch auf die übrigen Werke übergreift und daß sich noch weitere Belegschaften dem Kampfe anschließen.

Die Streikenden sind fest entschlossen, ihren Kampf nicht eher zu beenden, bis ihre berechtigten Forderungen von der Direktion anerkannt werden. Die Berliner Metallindustriellen dürfen sich bald darüber klar werden, daß es die Arbeiterschaft in ihren Betrieben gründlich satt hat, weiter zu den ungenügenden Löhnen zu arbeiten. Sie werden jetzt bei ansteigender Konjunktur überall die Forderung erheben, nicht um den Vohnabbau des Vorjahres wieder auszugleichen, sondern teilzunehmen an den Erfolgen der Rationalisierung, die bis jetzt ausschließlich auf ihre Kosten ging.

### 100-Stunden-Woche!

Auf dem Schlacht- und Viehhof!

Am Dienstag fand auf dem Berliner Schlacht- und Viehhof eine Versammlung der dort beschäftigten Gesellen, Metzger und Chauffeure statt. Einberufen war der Zentralverband der Fleischer. Aus den Ausführungen des Genossen Schulz vom Zentralverband der Fleischer und den Ausführungen der Diskussionsredner ergab sich ein geradezu empörendes Bild, wie weit die Arbeitskraft der dort Beschäftigten einer gewissenlosen Ausbeutung unterliegt.

Man glaubt sich um hundert Jahre zurückversetzt, wenn über eine wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich 80 bis 100 Stunden und darüber berichtet wird. Durchgehende Arbeitszeiten von 15 bis 18 Stunden, ja es wurde sogar vom 26 Stunden berichtet, sind an der Tagesordnung. Daß auch von Sonntagsruhe bei den meisten Firmen keine Rede sein kann, sei nur nebenbei erwähnt. Das alles geschieht unter den Augen der Behörden trotz zahlloser Arbeitsloser.

Man muß die Arbeit, die dort geschafft wird, kennen, um beurteilen zu können, was da geleistet wird. Es ist oft nicht mehr Arbeit, sondern ein Wühlen und Toben. Daß die Menschen dabei schon in verhältnismäßig jungen Jahren verbraucht sind, bedarf keiner Erwähnung.

Die Löhne sind dabei nicht höher als in jeder anderen Arbeiterkategorie. Daß bei solch willigen Ausbeutungsobjekten die Herren Engroschlächtermeister jegliche Lohnerhöhung verweigern, ist verständlich, zumal sich die Herren als „notleidendes Gewerbe“ bezeichnen. Die Unternehmer wissen auch, daß das organisierte Verhältnis der dort Beschäftigten ein sehr schwaches ist. Die Unternehmer werden sich erst dann eines Besseren belehren lassen, wenn die große Masse der Beschäftigten den Weg zu ihrer zuständigen Berufsorganisation gefunden haben wird, erst dann wird es möglich sein, mit dem nötigen Nachdruck diese unglaublichen Zustände zu beseitigen.

Von einer besonders „duftigen Blüte“ in Gestalt der Firma Störmer, Friedrichsfelde, sei erwähnt, daß die Gesellen dort des Öfteren fortlaufend in einer Arbeitslosigkeit von 26 Stunden hintereinander beschäftigt werden. Diese betrachten es schon als einen Feiertag, einmal nur 15 bis 18 Stunden arbeiten zu müssen, bei Löhnen von 90 Mark bis herab zu 25 Mark. Es wäre auch den Gewerbeaufsichtsamtern zu empfehlen, sich einmal für die Arbeitszeit des Lehrlings dort zu interessieren und nicht nur den Unternehmer zu befragen, sondern auch die Arbeitnehmer.

### Wie die Reichsbahn Unfallfolgen verhütet.

Praktische Verwertung einer sehr zweifelhaften Erfindung.

Man schreibt uns: In den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes 1926“ ist der folgende schöne Satz ausgesprochen und „begründet“:

„Hat die Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten ihren Grund lediglich in seiner Vorstellung krank zu sein, oder in mehr oder minder bewußten Wünschen, so ist ein vorangegangener Unfall auch dann nicht eine wesentliche Ursache der Erwerbsunfähigkeit, wenn der Versicherte sich aus Anlaß des Unfalles in den Gedanken, krank zu sein, hineingelegt hat, oder wenn die sein Vorstellungsleben beherrschenden Wünsche auf eine Unfallentschädigung abzielen, oder die schädigenden Vorstellungen durch ungünstige Einflüsse des Entschädigungsverfahrens bestärkt worden sind.“

Auf Grund dieses Urteils fordert die Hauptverwaltung der Reichsbahn die unterstellten Direktionen auf, sich mit einer angemessenen Zahl von Abdrücken dieser Entscheidung zu versehen, um danach verfahren zu können. In Zukunft wird es also nach Unfällen auf der Reichsbahn keine Verletzten mehr geben, die sich nicht der Vorstellung hingeben, krank zu sein, es aber nach dem vorstehenden Urteil des Reichsversicherungsamtes nur in ihrer Einbildung sind.

Die Reichsbahn macht gleich ganze Arbeit. Das sachverständige Urteil der Ärzte wird bei ihr in Zukunft nichts mehr gelten. Sie bestimmt nämlich, daß Rentenempfänger unauffällig durch geeignete erprobte Ermittler „beobachtet“ werden sollen. An Stelle des wissenschaftlichen Urteils der Ärzte tritt also hier der bezahlte Spiegel. Dabei muß berücksichtigt werden, daß jeder Unfallverletzte vor Beendigung seines Rentenverfahrens durch die Hand der Bahnärzte und bahnamtlichen Vertrauensärzte gehen muß, die an und für sich schon das Interesse der Verwaltung soweit als irgendmöglich wahrnehmen.

Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß jemand, der seine Gesundheit durch die „Rationalisierung“ auf der Reichsbahn eingebüßt hat, zuerst durch die Treitmühle der Hofpflichtbestimmungen hindurch muß, sich dann durch bezahlte Spiegel der Reichsbahn beobachten lassen muß, um danach eine Bekämpfung seiner Rentenansprüche durch die Verwaltung zu erfahren. Man täusche sich nicht: Durch die Verfügung der Reichsbahnverwaltung wird an die Stelle des Arztes der Spiegel gesetzt, dessen „Urteil“ letzten Endes ausschlaggebend dafür ist, ob und in welcher Höhe weitere Rentenansprüche anerkannt werden. Hier liegt eine öffentliche Gefahr vor. Wenn die Bahnärzte sich schon eine derartige Degradierung durch die Verwaltung gefallen lassen wollten, so hat die breiteste Öffentlichkeit doch ein erhebliches Interesse daran, derartige Praktiken nicht erst einreihen zu lassen.

### Streik der Hilfsarbeiter in Steindruckereien.

Wie wir seinerzeit bereits berichtet haben, sind die Verhandlungen für das Hilfsarbeiterpersonal in den Steindruckereien gescheitert, worauf ein Schiedsspruch vom Schlichtungsausschuß gefällt wurde, der den Hilfsarbeitern die ungenügende Erhöhung der Löhne von 5 Proz. ab 1. April, gültig bis zum 31. Dezember, zusprach. Dieser Schiedsspruch wurde bekanntlich von der Arbeiterschaft abgelehnt und von den Unternehmern angenommen, die darauf die Verbindlichkeitsklärung beantragten.

Da die Unternehmer jedes weitere Entgegenkommen ablehnten, legten die Hilfsarbeiter in acht großen Steindruckereien am Sonnabend die Arbeit nieder. Am Dienstag fanden vor dem Schlichter Vergleichsverhandlungen statt. Aber auch hier wollten die Unternehmer sich zu einem größeren Zugeständnis nicht bequemen. Der Streik geht also weiter.

Im übrigen ist, wie uns vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter mitgeteilt wird, bereits für eine größere Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen ein neues Lohnabkommen geschlossen worden, monach auf die bestehenden Löhne eine Zulage von 5 Proz. ab 1. April und weitere 3 Proz. ab 1. Oktober erfolgt, was über 10 Proz. auf die Tariflöhne bedeutet. Die streikenden Arbeiter sind entschlossen, solange im Kampfe zu verharren, bis die Unternehmer zur Einsicht gelangen.

### Konferenz der Schacht-Vertrauensmänner.

Essen, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Eine von 400 Vertretern sämtlicher Zechen des Ruhrreviers besuchte Schacht-Vertrauensmännerkonferenz, die am Mittwoch in Essen tagte, nahm zu dem Mehrarbeitsabkommen und der Finanzlage der Knappschaft Stellung. Den beteiligten Verbänden wurde für die geleistete Arbeit volle Anerkennung ausgesprochen und dabei besonders hervorgehoben, daß den Führern der freigewerkschaftlichen Angelegenheitenverbände wegen des Abschlusses des Mehrarbeitsabkommens und der finanziellen Spannungen der Knappschaft kein Vorwurf gemacht werden kann. Die Nachteile der Arbeitszeitregelung seien eine Folge des Arbeitszeitnotgesetzes, gegen das die freigewerkschaftlichen Reichstagsabgeordneten — leider vergeblich — angeknüpft hätten. Einmütig brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß in der Knappschaftsversicherung nicht nur die erreichten Leistungen erhalten, sondern darüber hinaus die Versicherung in der Weise ausgebaut werden müsse, daß auch die kaufmännischen und technischen Angestellten über Tage schon im früheren Lebensalter in den Genuß der ihnen zustehenden Pensionen kommen.

„Die Konferenz“, so heißt es in der zur Knappschaftsfrage angenommenen Entschlieung, „verlangt, daß die Reichsregierung eingreift und ähnlich wie in anderen Fällen die Pensionstafel der Angestelltenabteilung unterstützt, damit die den Bergbauangestellten rechtlich und moralisch zustehenden Renten gesichert bleiben, ohne daß eine Neubelastung durch erhöhte Beiträge der Bergbauangestellten eintritt. Die Reichsregierung sei um so mehr zur Unterstützung der Angestelltenpensionskasse verpflichtet, als ohne Pensionierung die Angestellten der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen.“

### Streik auf der Grube Velten bei Saarbrücken.

Saarbrücken, 19. Mai. (Rth.) Die Frühlucht auf der Grube Velten bei Großrosseln ist heute morgen nicht eingefahren. Bei dem Streik, der sich wohl auf die ganze Belegschaft ausdehnen dürfte, handelt es sich um eine Protestaktion gegen den Vohnabbau und die Freierrichtungen. Die Belegschaft versammelte sich heute morgen vor den Loren, und es wurden auch verschiedene Ansprachen gehalten. Die Belegschaft marschierte anschließend daran nach Saarbrücken, wo heute vormittag eine große Protestkundgebung vor dem Direktionsgebäude stattfand.

Verantwortlich für Politik: Victor Schill; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calzoni; Religion: R. S. Wölke; Soziales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Subdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma

### Tapeten-Stahke

Lindower Straße 5

im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.

4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten

mit billigen Engrospreisen überlegen.

Durch wasserabweisendes Endbeschichtungs 40% Ersparnis! — Der weitaus Weg lohnt!

### Wettannahme des Union-Klubs

Berlin NW 7, Schadowstraße 8, part.

Volle Totalisatorquote ohne Abzug

Wettbedingungen

auf Wunsch kostenlos. — Postaufträge und Anträge auf kostenlose Einrichtung von Konten nur an die Zentrale Schadowstraße 8.

Tele-Adr.: Wettannahme Berlin Schadowstraße 8.

## Karosserieklempner

Perfekte

für Treibrarbeiten, die nach Möglichkeit auch die in Frage kommenden Schweißarbeiten verrichten können, stellt ein

per sofort

NSU Verelagie Fahrzeugwerke A.-G. Bin-Tempelhof Industriest. 1-22.

### Zur Neuerrichtung, Umzug oder Renovierung

Ihrer Wohnung empfiehlt sich

### Dekorateur Alfred Walter

Lager und Anfertigung von Dekorationen und Gardinen aller Art

Best.-Tisch- u. Diwanddecken

äußerst billig nur

Neukölln, Schadow Str. 6

11. Etage, Kein Laden! Tel. Nkl. 2529



## EINHEITSPREISE

Marke Fasan . . . Mk. 12.50

Marke Silberfasan Mk. 16.50

Marke Goldfasan Mk. 19.50

Fasan-Schuhe gehen unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.

Verkaufsstellen:

Berlin O, Warschauer Str. 31, Ecke

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20, Revolver Straße

## Künstlichen Augen

Herstellung von

in vollendetster Ausführung

Ludwig Müller-Uri

Berlin NW 6, Karistraße 15.

Gegründet 1833, älteste Anstalt Deutschlands.

Das ganze Jahr ständig geöffnet werktags von 8-4 Uhr.

### Achtung! Billiger Fleisch- und Wurstverkauf

billig und gut

Thaerstr. 40, Schönhauser Allee 33

## Schaufenster-Tapete!

Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.

Sächsische Tapeten-Industrie,

Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.